

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

12.10.1921 (No. 238)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Erlaubnis
Karlsruhe
Nr. 3516.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. M. e. b.
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugpreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 M 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kasienrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Lagererhaltung zwangsweiser Beibehaltung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Der kleine Grenzverkehr mit der Schweiz.

** Auf Anregung der Schweiz fand am 1. Oktober d. J. in Basel zwischen Regierungsvertretern der Schweiz und Badens eine Besprechung über die Fragen des kleinen Grenzverkehrs statt. Anlaß hierzu gaben die bekannten Mißstände in der badischen Grenzzone, die durch den Ausfuhrverkehr der schweizerischen Grenzbevölkerung sich entwickelt haben und im Amtsbezirk Rorschach die Anordnung einer Sperre an Samstagen und Sonntagen notwendig machten. Um dem Bedürfnis der Basler Bevölkerung, an Sonntagen Ausflüge nach Baden zu machen, nicht entgegenzutreten, wurde badischerseits ein Versuchsweg zur Wiederöffnung der Grenze für Inhaber von Dauerpasseiroscheinen am Sonntag, den 16. Oktober in beschränktem Umfang zugestimmt. Von weiteren Einschränkungen an der übrigen Grenze wird zunächst abgesehen, zumal die schweizerische Regierung in einem Aufsatze ihre Bevölkerung auffordern wird, im Ausfuhrverkehr nach Baden Maß zu halten. Es wäre sehr zu bedauern, wenn nicht auch die badische Geschäftswelt an der Grenze die nötige Einsicht befände, im Interesse der badischen Verbraucher mit beizutragen, daß weitere Preissteigerungen der Lebensmittel und der Gegenstände des täglichen Bedarfs vermieden werden. Nur dann kann die erwünschte Freiheit des Verkehrs aufrecht erhalten werden und wird die Regierung nicht zu weiteren einschränkenden Maßnahmen gezwungen sein.

Der badische Landtag von 1919/21.

Von A. Weismann, Mitglied des Landtags.

Das zur Zeit älteste Parlament Deutschlands seit der politischen Umwälzung des Jahres 1918 ist am vergangenen Freitag nach einer vom badischen Staatspräsidenten Trunk gegebenen Übersicht über die geleisteten Arbeiten geschlossen worden. Im Weiche hat man inzwischen neugewählt, nicht nur das, auch in den Ländern Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen usw., in Baden jedoch formte man die am 5. Januar 1919 gewählte Nationalversammlung, nach dem sie ihre Hauptarbeit, die Schaffung einer neuen Verfassung, erledigt hatte, zu einem ordentlichen Landtag um und bestimmte dessen Zeitdauer auf 16. Oktober 1921, der nun bis 30. Oktober d. J. verlängert worden ist. In Baden hat man auch die in der Verfassung niedergelegte Volksabstimmung, das Recht der Anteilnahme der wahlberechtigten Staatsbürger an größeren Gesetzentwürfen, zur Anwendung gebracht und dadurch das Volk selbst über die Fortdauer des Landesparlamentes entscheiden lassen.

Diese Tatsachen sind nicht unwesentlich, wenn man den politischen Gehalt der letzten Landtagsperiode abschöpfen will. Die Volksvertretung gewann Zeit und Möglichkeit, ihre in der Nationalversammlung begonnenen Arbeiten fortzusetzen, sofort eine ordentliche Regierung zu bilden und mit dem notwendigen Wiederaufbau des in Trümmern gelegenen Staates auch in Baden zu beginnen. Die Summe der im badischen Parlament geleisteten Arbeit, die Zahl der beschlossenen Gesetzentwürfe, der erledigten Anfragen und Interpellationen ist, wie auch die schon erwähnte Schlußrede des badischen Staatspräsidenten gezeigt hat, so groß, daß wir darin von keinem anderen Parlamente übertroufen werden. Wir haben also ein höheres Anrecht zu der Behauptung, daß wir in Baden verhältnismäßig am ruhigsten über die vielerlei unliebsamen Begleiterscheinungen der politischen November-Umwälzung hinweggekommen sind. Weder die Rutschisten von rechts — siehe Rapp-Rutsch in Preußen — noch die Rutschisten von links, deren Tätigkeit sich manifestiert in der Münchener Räte-Republik und dem mitteldeutschen Aufstand — vermochten in Baden irgend welches politisches Unheil anzurichten. Das darf unangesehen registriert werden, als Beweis dafür, daß positive Arbeit und andauernde Versuche, den berechtigten Klagen und Beschwerden der breiten Volksmassen die Möglichkeit der Abhilfe zu geben, das beste Mittel sind, um größere Gefahren vom Staat und seinen Einrichtungen fernzuhalten. Eben, weil dies die derzeitige Regierung und der Landtag getan, kam man in Baden über die schlimmen Nachwirkungen des verlorenen Krieges ohne stärkere Erschütterungen des Staatslebens hinweg.

Das ist um so höher anzuschlagen, als ohne weiteres festzustellen werden muß, daß Koalitionspolitik schwerer zu betreiben ist, wie die Politik einer monarchischen Regierung. Diese hat die ihr gut scheinenden politischen Richtlinien dem Staatsministerium zur „entsprechenden Darnachachtung“ überlassen; die Koalitionsregierung aber setzt sich aus verschiedenen Parteien — in Baden waren es drei — mit den verschiedensten Programmen, Zielen und Ideen zusammen. Jede dieser Parteien besteht, wie Shakespears Schloß, auf ihrem Schein, d. h. auf ihren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Forderungen; sie muß um ihrer selbst, um ihres Bestehens, ihres Einflusses, ihrer politischen Zukunft willen

darauf beharren. Zugleich ist natürlich immer das Volksganze, das Wohl des der Koalitionsregierung zur Verwaltung übergebenen Staates, bei allen herzustellenden Gesetzentwürfen, Verordnungen im Auge zu behalten. Daraus lassen sich ohne weiteres die vorhandenen Schwierigkeiten schon im Schoße der Regierung bei der gesamten Verwaltungstätigkeit für den Staat erkennen.

In ähnlicher Lage befindet sich aber auch der Landtag. Es ist nicht mehr so wie früher, daß die Regierung über den Parteien schwebt, daß sie im gewissen Sinne diktiert, und das Parlament macht die Gesetze. Jetzt herrschen die Parteien. Aus ihnen werden fast ausschließlich die jeweiligen Minister entnommen und alle Minister sind wiederum Mitglieder des Landtages. Das ist das parlamentarische System in seiner Reinkultur, wie es in England und Frankreich schon seit Jahrzehnten und Jahrhunderten — abgesehen von seinen Fehlern und Mängeln — zur Geltung kommt. Insofern ist also die Bedeutung des badischen Landtages zurzeit ungleich größer, wie unter dem monarchischen System; er erkennt die Regierung, setzt Minister ein und setzt sie ab, und nach seinen Beschlüssen haben sich Art und Führung der Regierungsgeschäfte zu richten. Dadurch erhöht sich wiederum für ihn die Verantwortung; er hat seine Beschlüsse dem allgemeinen Wohl unterzuordnen und gleichwohl die Ideen und Ziele einer jeden im Landtage vertretenen Partei zu berücksichtigen. Das ist maßlos schwer; die Außenstehenden haben oft keine Ahnung, mit welcher Zähigkeit und Beredsamkeit um eine gemeinsame Entschlieung, um eine einstimmige Beschlußfassung über ein vorliegendes Gesetz gerungen wird. Denn jede Partei will, wie immer wieder hervorgehoben werden muß, ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele, wenigstens zum Teil, in dem zur Beratung und Beschlußfassung stehenden Gesetzentwurf verwirklicht sehen. Die Parteien begnügen sich begrifflicherweise nicht damit, bestimmte Forderungen aufzustellen und zu propagieren, sondern sie wollen wenigstens Teile von ihnen übergeben lassen auf die Gesetzesblätter des Landes, das sie im Parlament vertreten. Daher sowohl in den Kommissionen wie im Plenum der leidenschaftliche Kampf der Meinungen, die rednerische Hervorhebung dessen, was für die Ansichten der einzelnen Parteien spricht. Daß es dabei nicht immer „salonmäßig“ hergeht, daß starke Zusammenstöße zwischen einzelnen Parteirednern vorfallen, lehren uns manche öffentliche Sitzungen auch des badischen Landtages, und gar oft hat der zur Aufrechterhaltung der parlamentarischen Ordnung berufene Präsident große Mühe, einigermaßen den durch Zwischenrufe und rednerische Entgleisungen gestörten normalen Verlauf der Verhandlungen zu sichern. In ähnlichem Geleise bewegen sich die Beratungen mitunter auch in den Kommissionen. Die verschiedenen Parteianschauungen bedingen eben ein ständiges Ringen und Kämpfen um die Formulierung besonders größerer Gesetzesentwürfe; sie sind gar oft nur das Spiegelbild der draußen im Volke herrschenden Auffassungen über die politischen, wirtschaftlichen und sonstigen Zeitfragen.

Wenn unter solchen Umständen, wie den geschilderten, der badische Landtag mehrere Dutzende bedeutender Gesetze geschaffen hat, wenn er dem badischen Volke eine Verfassung gegeben — die erste ihrer Art im Deutschen Reiche —, von welcher fast wörtlich Teile davon in die Reichsverfassung übergegangen sind, wenn eine neue Gemeindeordnung entstanden, die großen Steuererträge fertiggestellt wurden, die Befoldungs-Ordnungen für die Staats- und Gemeindebeamten und die Fürsorgegesetze für die letzteren erledigt wurden, die schwierigen Fragen der Zwangswirtschaft und ihres Abbaues für die Landwirtschaft gelöst worden sind, der sozialen Fürsorge für die Notden und Beschwerden der Arbeiterschaft die notwendige Förderung verliehen wurde, die Eisenbahnfrage — Verreichlichung der badischen Bahnen — und das große Problem der Verwertung unserer Wasserkraft, geregelt, sowie dem großen Wohnungselend zu steuern gesucht wurde, wenn dazu die Verwaltungstätigkeit vollzogen und endlich das Budget mit samt den vielen Nachträgen und den vielerlei staatlischen Aufgaben, die in den Staatsvoranschlägen lediglich ihren finanziellen Niederschlag finden, welche aber eine Unsumme von Arbeit in der Durchführung fordern, beraten wurde, dann darf ohne jede Übertreibung gesagt werden: Der badische Landtag hat eine Riesensarbeit geleistet und die politischen Aufgaben nach besten Kräften gelöst.

Das geschah in einem neuen Regierungssysteme, von neuen Leuten und Männern, und auch insofern kann der badische Landtag sogar heftiger Kritik von seiten politischer Gegner der jetzigen Koalitionsregierung durchaus standhalten. Die 24 Jahre seines Bestehens waren fruchtbringender Tätigkeit für das Land Baden, für alle Schichten seiner Bevölkerung gewidmet. — Der neue Landtag erhält

voraussichtlich ein anderes Aussehen, aber der gewesene Landtag wird nach meiner Auffassung in der geschichtlichen Entwicklung Badens fortleben als einer der interessantesten und bedeutungsvollsten, welche unsere engere Heimat mit ihrer reichen, parlamentarischen Vergangenheit — am 22. August 1918 war die frühere badische Verfassung 100 Jahre alt — im Buche der Zeiten zu bezeichnen hat.

Völkerbund u. Saargebiet.

Der Reichskorrespondenz Nord-Süd wird von ihrem saarländischen Mitarbeiter geschrieben:

In Genf sind vor einiger Tagen die folgenden Herren als Mitglieder der Saarländer Delegation zu den Beratungen des Völkerbundes über die saarländische Frage eingetroffen: Heinrich Beder, Pfarrer, Richard Beder, Kaufmann, Boch, Industrieller, Arbeitersekretär Gerhard, Gewerkschaftssekretär Willenbrand, der Großindustrielle Karcher, Rechtsanwalt Lehmann, Fabrikdirektor Raabe, Kommerzienrat Röchling, Malermeister Schmelzer, Fabrikdirektor Siegfried, der Großindustrielle v. Wopelius und Großkaufmann Willbergger. Die Delegation hat die Aufgabe, in direkter Fühlung mit dem Völkerbund zu treten und seine Aufmerksamkeit insbesondere auf die in der Korrespondenz geschilderte wirtschaftliche Notlage des Saargebietes hinzuwirken. Das von der Delegation ausgearbeitete Memorandum weist darauf hin, daß die saarländische Industrie nach wie vor für den weitaus größten Teil ihres Absatzes auf den deutschen Markt angewiesen ist, da die tatsächlichen Verhältnisse es unmöglich machen, sich in Frankreich ein Absatzgebiet zu eröffnen. Durch die Einführung der Frankentwährung müßte die saarländische Industrie die Selbstkosten für die Rohstoffe, Kohlen, Frachten u. dergl. in Franken aufbringen, während der Verkauf fast nur in Mark erfolgen könne. So arbeite vor allem die Eisenindustrie mit etwa 85 000 Arbeitern seit Monaten mit wachsenden Verlusten, die sich bereits auf viele Millionen beziffern. Da auch die Befoldung der Kommunalbeamten in Franken durchgeführt werden soll, was auch die Zahlung der Steuern in Franken nach sich ziehen würde, so würde die Mark endgültig verdrängt werden. Dann wäre die Saarländische Industrie nur noch auf den französischen Markt angewiesen, der dafür nicht aufnahmefähig sei, was zu einer scharfen wirtschaftlichen Krise im Saargebiet führen müßte.

Es war ein Gebot der Pflicht, sich an die Institution zu wenden, die an erster Stelle berufen ist, als Treuhänder des Saargebietes über die Wohlfahrt des ihr anvertrauten Landes zu wachen, in persönlicher Fühlungnahme den direkten Vermittler der Gefühle der Bevölkerung für das Schicksal einer werktätigen und arbeitssamen Bevölkerung darzustellen. Bei diesem Gebot des Ernstes der Stunde schieben alle politischen Kombinationen aus. Der Delegation gehören an Vertreter aus allen Wirtschaftskreisen und ihre Zusammensetzung bietet die Gewähr dafür, daß es sich nicht um ein einseitiges Vorgehen handelt, sondern um eine Aktion, hinter der die gesamte saarländische Bevölkerung steht und einer solchen Kundgebung kann und darf der Völkerbund ihre Bedeutung nicht absprechen, kann und darf ihr das Gehör nicht verweigern. Es handelt sich um wirkliche Gemeinschaftsinteressen aller Kreise der Saarbevölkerung, das zu schlichten Aufgaben und Pflicht der lokalen Instanzen ist, soll ein erspriechliches Zusammenwirken angebahnt und auf die Zeit, für die die Saarbevölkerung nach den vertraglichen Bindungen auf die Saarregierungs-Kommission angewiesen ist, ermöglicht werden.

Die Industrie des Saargebietes hat nach Lage der Dinge selbstverständlich früher immer ihren Hauptabsatz im Deutschland selber gehabt. Doch das lag nicht etwa ausschließlich oder auch nur hauptsächlich an der in der politischen eingeschlossenen wirtschaftspolitischen Zusammengehörigkeit, sondern einfach daran, daß Deutschland selbst das gegebene Absatzgebiet war, an der wirtschaftlichen Zusammengehörigkeit. Auch jetzt ist es nicht anders, und es wird für die vorhandene Hauptindustrie des Saargebietes nach den ganzen Verhältnissen, niemals anders werden, anders werden können. Gewiß hat sich dieser wirtschaftliche Zusammenhang erst im Laufe der Zeit entwickelt, aber er ist da, und man muß ihn beachten. Dazu hat das Saargebiet noch einen weiteren wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem übrigen Deutschland: den allen anderen Liefermöglichkeiten gegenüber billigeren und besseren Bezug vieler Handelswaren, z. B. von Textilwaren, vieler Fabrikate der Metallindustrie, von Maschinen und Maschinenteilen (auch für die Industrie wieder von Wichtigkeit). Das sind an sich die Verhältnisse. Infolge der durch die Valuta gegebenen verhältnismäßig noch besonders geringen Preise für deutsche Waren war hier natürlich das Verhältnis noch viel größer.

In dieses Ganze ist nun eine besondere Lage geschaffen durch die Einführung des Franken. In normalen Zeiten hätte das vielleicht kaum eine Bedeutung gehabt, unter den heutigen Verhältnissen mußte es jedoch von enormer Wirkung sein. Die Frankenfrachten verteuern schon dem Handel außerordentlich die Waren — selbstverständlich auch die Lebensmittel — aus dem rechtsrheinischen Deutschland. Der saarländische Handel kann sich nicht plötzlich umstellen und etwa in der Hauptsache seine Waren von Westen beziehen. Dann kauft hier alles seinen Bedarf in den umliegenden Gebieten Deutschlands. (Beispiel der Masseneinfuhr hier seinerzeit durch Lothringen.) Wie unvernünftig hoch die Preise aber jetzt schon im Saargebiet sind und wie dadurch die ganze Lebenslage hier erschwert wird, ist wohl bekannt.

Ein grelles Licht auf die ganze Wirtschaftslage im Saargebiet hat die Besprechung saarländischer Wirtschaftskreise geworfen, wiewohl diese, die das Bild auch erkennen lassen konnten, schon lange zuckten. Und auch über die Lage der Industrie ist gesprochen worden. Hier haben wir aber nicht nur augenblicklich ein trübes Bild, die Aussichten für die Zukunft sind, wenn nicht eingegriffen wird, trostlos. Was die Einführung des Franken bei der Eisenbahn und der Arbeiter- und Angestelltenbezahlung für die saarländische Industrie bedeutet, das zeigt sich jetzt an den Tatsachen. Die jetzige Wirtschaftskrise im Saargebiet hängt mittelbar nicht mit der allgemeinen Weltwirtschaftslage zusammen, wir haben unsere Krise für uns. Die Saarindustrie hat infolge der hohen Kohlenpreise, der eigenen hohen Produktionskosten, der hohen Frachten keinen genügenden Absatz mehr nach ihrem einzigen und natürlichen Absatzgebiet: dem übrigen Deutschland.

Welche Erschütterungen das Zurückgehen und schließlich Wegziehen der Industrie in einem reinen Industriegebiet nach sich ziehen muß, kann sich jeder selbst ausmalen. Wir sind heute glücklich in die Verhältnisse gekommen, wo der Handwerker seine ehrliche Anerkennung und allen anderen Berufen gleichwertige moralische Wertung erhält. (Selbstverständlich sei zugegeben, daß es heute vielfach sogar die Geistesarbeiter sind, die zurückbleiben. Doch um diese Frage handelt es sich hier nicht.) Wieder aber scheint es der Arbeiter sein zu sollen, den die Not der Zeit hier am meisten trifft. Die Industrie hat an sich Verhältnisse geschaffen, wie sie früher nie waren. Vom kulturellen Standpunkt aus müssen wir sie als noch nicht ausgereift und nicht voll geordnet ansehen. So wie es aber heute ist — und phantastischer Kommunismus am wenigsten könnte das heute ändern — ist der Arbeiter eben brotlos, wenn die Industrie brachliegt. Diese Tatsache kommt schließlich auch in jedem anderen Stande bei gegebenen Verhältnissen in Frage. Hier aber sind die schlimmen Wirkungen hemmungslos, schwer zu bekämpfen und ziehen weiteste Erschütterungen nach sich, denn es handelt sich um Massen.

Die Saarregierung will jetzt den Franken auch bei den Kommunen einführen. Eine weitere Erhöhung der Gehälter und Löhne bei den Kommunen in Metz wird nicht gestattet. Eine Neuregelung der Gehälter ist nur zulässig, wenn der Franken eingeführt wird. Dann wird zudem auch die Saarregierung helfen. Wir fragen übrigens: Womit helfen? Wer soll diese Zuschüsse bezahlen, wenn nicht schließlich die Allgemeinheit, das kleine Gebiet selber. Wir erinnern daran, daß vor etwa drei Monaten die gesamten Kommunalangestellten in einer Versammlung im Ludwigspark sich einmütig — bis auf ein oder zwei Stimmen — gegen die Einführung des Franken bezeugt haben. Wir bezweifeln jedoch nicht, daß sich jetzt mehr Anhänger der Frankenbezahlung bei den Kommunalverwaltungen finden.

Allgemein genommen scheint es angesichts der heutigen Sachlage bei einem flüchtigen Überblick zunächst auch tatsächlich besser, wenn hier überhaupt alles in Franken bezahlt wird, denn es ist doch wohl ein Übel, daß — um ein Beispiel herauszugreifen — an einer Stelle jetzt eine Stenotypistin vielleicht 5000—8000 M. monatlich hat, an einer andern

in derselben Stadt eine Stenotypistin 800 M. Was aber ist das Ergebnis der allgemeinen Frankeneinführung. Kann man darüber zweierlei Meinung sein? Wir müssen das offen und deutlich aussprechen: der Ruin der Saarindustrie. Und darüber hinaus übrigens auch noch das Zugrundegehen vieler kaufmännischer Unternehmungen, wenn diese nicht vorziehen, vorher ihre Zelte abzubrechen.

Wir schreiben nicht aus Opposition. Wir möchten viel lieber Lob und Dank aussprechen. Wir bezweifeln auch nicht, daß die Herren, die jetzt die Geschicke des Saargebietes leiten, das Beste wollen. Das hat sich ja wohl auch daran gezeigt, daß die Regierungskommission selber die erwähnte Versammlung im Rathaus einberufen hat. Aber sie selbst ist in die Scheuklappen bestimmter Richtlinien eingewängt. Und diese Richtlinien können hier nicht in Geltung bleiben, soll nicht angesichts der Welt ein Gebiet, das unter dem Mandat des Völkerbundes steht, zum wirtschaftlichen Zusammenbruch geführt werden.

Wer wird es denn wohl behaupten können, daß die Einführung des Franken eine wirtschaftliche Maßnahme war? Wir haben es früher schon ausgesprochen, was sie ist, und alle wissen, daß es so ist. Es ist eine politische Maßnahme! Sorengschwer lasten die Tage auf allen, die den Ernst der wirtschaftlichen Verhältnisse hier einsehen. Sorgen schwer lasten sie gewiß auch auf der Saarregierung und unser Wunsch geht dahin, daß der Völkerbund endlich eine Kommission in das Saargebiet sendet, um die Verhältnisse zu untersuchen und zu prüfen und einen gerechten Ausgleich zu finden. Lösungen aber erfordern unter Umständen Größe!

Politische Neuigkeiten.

Vermutungen über die Grenzfestsetzung

Aus Genf berichtet das „L.“ unterm 12. Oktober: Wenn man den heute hier vorliegenden, natürlich rein privaten Informationen Glauben schenken darf, kann kaum mehr ein Zweifel darüber bestehen, daß der Völkerbundrat tatsächlich die Teilung Oberschlesiens und zwar auch der Industriegebiete beschlossen hat. Aber die im Obersten Rat vorzuschlagende Grenzlinie ist naturgemäß nichts sicheres und nichts endgültiges zu erwarten. In dem Völkerbundrat naheliegendermaßen streifen verläuft jedoch mit Bestimmtheit, daß die Grenze ein Kompromiß zwischen den beiden Grenzlinien darstellen wird. Danach sollen an Polen fallen: die Kreise Rzeszów und Pleß und der in den Kreis Pleß hineinragende Südspitze des Kreises Hindenburg, Kattowitz-Stadt und -Land, der Ostteil des Landkreises Neutheben ohne die Stadt und Teile der Kreise Tarnowitz und Lublinitz ohne die Städte Selbst was die rein deutsche Stadt Königsbütte betrifft, wird von einer für Polen günstigen Lösung gesprochen. Neben den Bestimmungen über die neue Grenze soll das Gutachten des Völkerbundrates eine Fülle von sehr wertvollen Bestimmungen enthalten, die sich vor allem auf wirtschaftliche und technische Fragen beziehen, deren redaktionelle Ausarbeitung auf große Schwierigkeiten läßt. Von den Mitgliedern des Völkerbundrates wird jede Auskunft über die Grenzlinien verweigert.

Wir geben diese Mitteilung, nach welcher der Völkerbundrat einem jedem Rechtsbegriff und jeder politischen Einsicht hochschätzenden Entschluß gefaßt hätte, der Deutschland und mit ihm Europa in ... Unglück reizen würde, nur mit allem Vorbehalt wieder, desgleichen die nachstehende Berliner Meldung:

Der Genfer Korrespondent des „L.“ berichtet, auf Grund absolut sicherer Informationen von einer an der Völkerbundrat beteiligten Persönlichkeit, daß sich die Meldungen über die beschlossene Teilung Oberschlesiens authentisch bestätigen. Der prinzipielle Beschluß des Völkerbundrates geht im einzelnen dahin, Oberschlesien in drei Teile zu teilen, Pleß und Rzeszów sollen an Polen fallen. Das Zentralrevier, in engem Sinne Gleiwitz, Neutheben, Kattowitz, unter polnische Souveränität konstituiert und die übrigen Gebiete Oberschlesiens sollen Deutschland zugewiesen werden. Der Rat befaßte sich mit folgenden Spezialfragen:

1. Wie soll das Währungssystem in dem autonomisierten Gebiet geregelt werden? Hierüber ist noch keine Einigung erzielt worden.
2. Soll Polen die Eisenbahnverwaltung übertragen werden?
3. Die militärische Befugnis in dem Mittelbezirk soll ganz erheblich verstärkt werden. Die Verstärkung soll Polen zur

Laß fallen. Die Oberste Instanz in dem autonomisierten Mittelbezirk wird ein internationaler Ausschuss sein, der unter Völkerbundskontrolle gestellt wird. Es sind noch Verhandlungen mit bestimmten Instanzen im Gange, um für die deutsche Arbeiterschaft in dem autonomisierten, Polen zugewiesenen Bezirk, sogen. Sicherheiten in sozialpolitischer Hinsicht zu schaffen.

Die Zentrums-Parlaments-Korrespondenz schreibt: In parlamentarischen Kreisen des Zentrums beurteilt man die augenblickliche Lage folgendermaßen: Die Nachrichten der Presse über Oberschlesien, die dahin gehen, daß mit Bestimmtheit eine Teilung des Industriegebietes von seiten der Entente in Aussicht genommen sei, wirken auf die deutsche innere und äußere Politik geradezu katastrophal. Das Kabinett Wirth hat alles getan, um die dem deutschen Volke auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen, und damit in der Praxis den Willen zur Erfüllung bewiesen. Die Vertreter der Entente selbst haben noch in Paris zugeben müssen, daß Deutschlands Haltung in der Wiederherstellungsfrage korrekt sei. Es ist bekannt, daß es besonders bei der Industrie außerordentlich große Schwierigkeiten hat, um das Steuerprogramm auf einer erträglichen Basis zustande zu bringen und die Kredite flüssig zu machen zur Erfüllung der Goldverpflichtungen an die Entente. Die Wegnahme Oberschlesiens in dem Umfang, der geplant ist, erschwert diese ganze Politik. Da der Reichstag nicht versammelt ist, läßt sich zurzeit eine Stimmung der Partei schwer wiedergeben. Mit dem Sturz des Kabinetts Wirth wäre aber auch die Koalition selbst kaum noch aufrecht zu erhalten, wenigstens nicht mit einem Erfüllungsprogramm.

Die sozialistische Korrespondenz ist gleichfalls der Ansicht, daß bei einer Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland das Ultimatum vom 10. Mai dieses Jahres nicht mehr zu erfüllen sei.

Die Vorstandschaft und die Landtagsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei in Bayern erlassen folgenden Aufruf: „Nach monatelangem Hin und Her hinter verschlossenen Türen und ohne daß das deutsche Volk gehört wurde, soll die endgültige Entscheidung über Oberschlesien und damit über Deutschlands Schicksal gefällt werden vom jenen Völkerbund, der angeblich der Vetter aller Geheimdiplomatie sein soll. Doch wissen wir nicht, wie der Spruch lauten wird, aber die bisher aus Genf gekommenen Nachrichten weisen darauf hin, daß gegen das uns sonnenklare, geschichtliche, natürliche Recht aus den Bestimmungen des Versailler Vertrages, gegen das Ergebnis der oberbeschlossenen Volksabstimmung eine Scheinlösung versucht werden soll, die nichts anderes ist als eine unerhörte Vergeßlichkeit des deutschen Volkes und ein tödlicher Schlag gegen sein zukünftiges Leben. Noch ist es möglich, daß der Völkerbund sich auf Recht und Gerechtigkeit besinnt und die Vorschläge seiner Gutachter sich nicht zu eigen macht. Das deutsche Volk muß daher in letzter Stunde nochmals seine Stimme erheben und sich gegen das ihm drohende Urteil auflehnen, durch welches nicht nur sein Dasein gefährdet, sondern auch die Wohlfahrt und die Ruhe Europas dauernd gestört würde. Alle deutschen Volksgenossen ohne Unterschied der Partei und des Standes müssen einmütig befunden, daß sie eine Entscheidung, die gegen Recht und gute Sitten und gegen alle Grundzüge eines wirklichen Völkerbundes verstößt, nicht anerkennen können und wollen. Die Vereinigung der Deutschen Demokratischen Landespartei wird aufgefordert, überall in diesem Sinne unverzüglich tätig zu werden.“

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ hören, ist die Münchener Parteileitung der Deutschen Demokratischen Partei bereits im Sinne ihres Aufrufes an die Leitung der übrigen Parteien in München herangetreten, um eine gemeinsame Kundgebung zu veranstalten.

Der deutsche Ausschuss für Oberschlesien hat an den Reichsanzler ein Telegramm gerichtet, worin es heißt: „Wenn der Völkerbund nicht wagen will, Recht und Gerechtigkeit zu lassen, so müssen wir es von uns weisen, Gegenstand irrtümlicher politischer und wirtschaftlicher Experimente zu sein. Wir fordern unser Recht. Wir fordern aber auch vom Reich, daß es unser Recht verteidigt, ohne Rücksicht darauf, ob dem einzelnen hier wieder schwere Lage bevorsteht. Reichsanzler, werde hart. Wir sind es.“

Die in der sozialdemokratischen Partei Oberschlesiens organisierten Arbeiter stellen an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands das dringende Ersuchen, die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages zu beauftragen, bei einer für Deutschland ungünstigen Entscheidung in der oberbeschlossenen Frage ihre Ämter niederzulegen und zu erklären, daß die sozialdemokratische Partei als Vertreterin der arbeitenden Bevölkerung die Verantwortung für die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung nicht zu tragen vermöge.

Soziologischer Ausbau des Geschichtsunterrichts.

Von Dr. Max Fischer, Frankfurt a. M.

Die Kritik, die sich in der ganzen zeitgenössischen Einstellung zur Geschichte bemerkbar macht, wirkt begrifflicherweise auch auf das Problem der Umgestaltung des Geschichtsunterrichts ein. Denn die Art, wie man bisher Geschichte des historischen Vorbergrundes betrieben hat, Geschichte der Dynastien und der Kriege, dergestalt ein tieferes wissenschaftliches und pädagogisches Verantwortungsgesühl nicht zu befriedigen. Aber ebenso wenig kann es als ein Wandel zum Besseren begriffen werden, wenn nun bei grundsätzlicher gleicher Einstellung zur Geschichte plötzlich die Wertmaßstäbe verschoben und Parlamentarier und Revolutionshelden in das helle Rampenlicht gerückt werden, das bisher den Herrschern und Feldherren vorbehalten war. Allen denen, die sich der Willkür und Ungünstigkeit des bisherigen Geschichtsunterrichts bewußt sind, muß sich daher die Erkenntnis aufdrängen, daß eine wesentliche Umgestaltung notwendig ist. Vor dieser Voraussetzung ist auch der bekannte Schulreformer Dr. Siegfried Ramerau ausgegangen, der in einer jüngst erschienenen Schrift den „Soziologischen Ausbau des Geschichtsunterrichts“ fordert und mit ihr eine Serie eröffnet, die Prof. Paul Oesterreich unter dem Titel „Die Praxis der unterschiedenen Schulreformen“ im Auftrag des von ihm geleiteten Bundes unterschiedener Schulreformer herausgibt (Berlin 1921, Verlag Neues Vaterland).

August Comte, der wirkungsvollste positivistische Philosoph, hat vor nun fast acht Jahrzehnten zuerst mit Entschiedenheit die Forderung ausgesprochen, da es im Leben der Menschheit, nicht, wie die bisherige Geschichtsauffassung angenommen habe, auf die Einzelheiten, sondern auf die „allgemeinen Tatsachen“ des menschlichen Lebens ankomme. Er war der Überzeugung, da ähnlich wie man für das organische Leben Naturgesetze aufstellte, auch für das geschichtliche Leben „historische Gesetze“ gefunden werden können, und er schuf für diese Art der Geschichtsbetrachtung den unglücklichen Namen „Soziologie“. Obwohl der zünftige Wissenschaftsbetrieb die grundsätzliche Berechtigung der neuen Betrachtungsweise nicht aner-

kann und die altüberbrachte Anschauungsweise durch Heinrich Rieberts Werk „Die Grenzen der naturwissenschaftlichen Begriffsbildung“ den effektvollsten Versuch einer philosophischen Begründung erhielt, so war die Sehnsucht, das Wesentliche und Allgemeingültige des geschichtlichen Lebens zu erfassen so stark, da immer wieder Versuch gemacht wird, die Grundrichtung Comtes von neuem aufzunehmen und zu einer soziologischen Durchdringung der Geschichte zu gelangen.

Eine tragische Verkettung in der Geschichte dieser wissenschaftlichen Bemühungen ist es gewesen, daß gerade die Denker, welche aus einem gesunden Empfinden für die Einheit der Wissenschaft eine Annäherung zwischen historischer und naturwissenschaftlicher Forschung ertritten, durch die Vorurteile des Darwinismus irreflektiert wurden, der stärker als je ein Aberglaube der Vergangenheit die Menschen der letzten Jahrzehnte unter dem suggestiven Wahn seiner beschränkten Vorurteile gezwungen hat und auch heute noch, wo längst sowohl seine sachlichen Voraussetzungen durch die experimentelle Biologie als auch seine theoretischen Irrlehren durch logische Untersuchungen widerlegt sind, in der Weltanschauung der Halbgebildeten ein schier unauflösliches Leben führt.

Die darwinistischen Vorurteile haben in besonderem starkem Maße auf jene drei deutschen Denker eingewirkt, deren Geschichtsauffassung von besonderem Einfluß ist und auf deren Werken Ramerau seine Forderungen aufbaut: Marx, Lamprecht und Müller-Lyer.

Diese drei Soziologen stimmen in dem Bestreben überein, einen Stammbaum der menschlichen Kulturentwicklung darzubieten nach Analogie jenes Stammbaumes, den die Darwinisten für die Abstammung des Menschen erdachten. Von besonderem Einfluß ist ja bekanntlich die Lehre von Karl Marx geworden, die unter dem Namen „Materialistische Geschichtsauffassung“ einen dogmatischen Bestandteil der Parteiprogramme der deutschen Sozialdemokraten bildet. Diese Lehre, von deren Richtigkeit Ramerau durchdrungen ist und die als eine soziale Ertrungenschaft der bisherigen, angeblich „liberal-menschlichen“ Geschichtsauffassung gegenübergestellt, hat, wie man zugeben muß, die geschichtliche Betrachtung und einige fördernde Elemente bereichert. Gegenüber der Wertschätzung der ökonomischen Lebensverhältnisse durch die ihr vorausgehende Geschichtsforschung, gegenüber der ideo-

logischen Spekulation der damals herrschenden Hegelschen Geschichtsphilosophie bedeutet die materialistische Geschichtsauffassung, soweit sie sich begnügt, methodische Anregung zu sein, eine fruchtbare Erweiterung des geschichtlichen Forschens und Schauens. Es ist ein bleibendes Verdienst von Karl Marx gezeigt zu haben, daß vom ökonomischen Leben starke Einflüsse auf die anderen Sphären des Lebens ausgehen. Aber es fragt sich: Ist deshalb die ökonomische Veränderung die bedingende Ursache aller geschichtlicher Veränderungen, ist das wirtschaftliche Leben wirklich — wie Karl Marx in dogmatischer Verengung seiner methodischen Anregung behauptet hat — der Unterbau, auf dem sich alles andere Leben erhebt? Hier wird die schöpferische Fülle des geschichtlichen Lebens durch eine tappisch-plumpe Konstruktion verfälscht und entlebendigt. Denn wie das Ökonomische auf alle anderen Lebensgebiete einwirkt, so wirken diese wiederum bedingend auf das Ökonomische ein. Auch Recht und Sitten und Staat, wissenschaftliche Erkenntnis und religiöse Überzeugung bedingen die Gestaltung des ökonomischen Lebens. Alle diese Gebiete beeinflussen sich wechselseitig. Es hieße die bisherige Enge des Geschichtsunterrichts noch überbieten, wollte man die irrtümliche Lehre der materialistischen Geschichtsauffassung zu seiner Unterlage machen.

Ist es also unmöglich, das zu erreichen, was die materialistische Geschichtsauffassung verheißt und was Pädagogen wie Ramerau für sie einnimmt: Einheit zu bringen in die verwirrende Fülle des historischen Lebens, die bewirkende Ursache zu finden, aus der sich die geschichtlichen Veränderungen in ihrer Gesamtheit demonstrieren lassen? Oder zerfällt mit dem Verzicht auf die materialistische Geschichtsauffassung die historische Betrachtung wieder in das, was der bisherige Geschichtsunterricht uns bot — eine Fülle wirrer, zusammenhangsloser Einzelgedenke und Einzelthaten?

Es erscheint uns ein Verdienst der jüngsten soziologischen Geschichtsforschung, wie sie besonders von Lamprecht und Preßig vertreten wird, daß sie in der Überwindung der materialistischen Geschichtsauffassung den Weg wieder frei gemacht hat zu der Einheit, von der allein aus die geschichtliche Totalität angeschaut und begriffen werden kann, denn die schöpferische Quelle allen geschichtlichen Lebens ist dort, wo sie bereits ein Augustinus und ein Pascal vermutet hatten, wo

Eine hochgestellte Persönlichkeit aus dem Kreis des Reichstages hat einen Vertreter des „Antaragisten“ mitgeteilt, es bestehe die Wahrscheinlichkeit, daß die Bierkommission sich bei ihrer Berichterstattung auf Anregungen beschränken werde. Ihre Vorschläge seien keineswegs definitiver Art, sondern seien dem Reichstag die Wahl zwischen mehreren Lösungen, von denen eine eine dem zahlreicheren Ergebnis der Abstimmung, die andere den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung trage.

Das Reichskabinet

Der gestern abend zusammengetretene, hat sich aber nach kurzer Aussprache auf heute früh 9 Uhr vertagt, da irgendwelche Nachrichten über Oberschlesien, die man als sicher bezeichnen kann, nicht eingegangen sind. Die fehlenden Nachrichten haben auch zur Folge gehabt, daß der für heute einberufene Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vertagt wurde. Heute vormittag werden im Reichstag die Parteien zusammentreten, um sich mit der Lage zu beschäftigen. Der Vorkämpfer Dr. Schamer ist nach einer weiteren Meldung beauftragt worden, bei der englischen Regierung eine Demarche zu unternehmen und Lloyd George nicht im Unklaren darüber zu lassen, welche politischen Folgen sich aus einer Abtrennung des ober-schlesischen Industriebezirks von Deutschland ergeben würden. Schamer hatte gestern eine Unterredung mit Lloyd George, von deren Ausgang natürlich sehr viel abhängt. Man erwartete, daß Dr. Schamer noch im Laufe des gestrigen Tages der Reichsregierung eine amtliche Mitteilung über den Gang der ober-schlesischen Frage machen werde und daß dann das Kabinet endgültig dazu Stellung nehmen könnte. Inzwischen haben die diplomatischen Vertreter Deutschlands bei den anderen Entente-Staaten ähnliche Befragungen wie Schamer erhalten.

Eine Erklärung des „Vorwärts“.

Im Anschluß an die pessimistische Meldung über die Entscheidung über Oberschlesien meint der „Vorwärts“:

„Kurz zusammengefaßt ist die Lage die, die Sozialdemokratie geht mit einigen bürgerlichen Politikern in Verteidigungsstellung zum Schutz des Kabinetts Wirth und seiner bisherigen Politik über, da es vorne angegriffen von den Deutschnationalen und im Rücken bedroht wird durch die Entscheidung über Oberschlesien. Ob die Regierung imstande sein wird, ihre Stellung zu halten, wird von ihrer eigenen Entschlossenheit abhängen, an der es nicht fehlt. Wir dürfen nicht gleich die Hände ins Korn werfen, aber die Zukunft liegt sehr dunkel vor uns.“

Die Binausschiebung der Koblenzer Verhandlungen.

Der Präsident des alliierten Sachverständigenausschusses in Koblenz hat an den Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete am 6. ds. die nachstehende Note gerichtet:

„Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Beratungen des Sachverständigenausschusses über die Einrichtung des Überwachungsorgans nicht zum Abschluß gelangt sind, die Zusammenkunft mit der deutschen Delegation nicht an dem festgesetzten Termin stattfinden kann. Ich bitte Sie daher, möglichst umgehend diese Delegation zu benachrichtigen, die zu einem späteren Termin geladen wird. Del. Abodessa.“

Die „Germania“ bemerkt dazu: „Soweit wir unterrichtet sind, war die Reichsregierung aufgefordert worden, ihre Vertreter zum 10. Oktober nach Koblenz zu schicken. Es handelt sich dabei um die Verhandlungen, die mit der Aufhebung der Sanktionen und der daran geknüpften Bedingung der Einrichtung eines Kontrollorgans zusammenhängen. Das obige, so kurz vor dem festgesetzten Termin abgegangene Telegramm zeugt nicht von besonderer Hastigkeit. Es ist nach unseren Informationen in Berlin eingegangen, nachdem bereits die für die Koblenzer Verhandlungen bestimmten Herren abgefahren sind.“

Deutsche Volkspartei und Regierungs-Koalition.

Auf dem niederrheinischen Parteitag der Deutschen Volkspartei äußerte sich Dr. Stresemann in einer Rede über die politische Lage zu verschiedenen außen- und innenpolitischen Fragen. In bezug auf die Regierungsumbildung betonte er, daß hierüber unzutreffende Nachrichten in die Presse gelangt seien. Man habe weder der deutschen Volkspartei zugemutet, ihrerseits grundsätzliche Erklärungen vor Eintritt in die Regierung abzugeben, noch habe die Deutsche Volkspartei das von anderen Parteien verlangte. Die Aufgabe der Parteivertreter sei gewesen, ein sachliches Programm aufzustellen, auf das sie

aber die moderne Geschichtswissenschaft am wenigsten gesucht hat. Das Zentrum des Historischen ist — so paradox das einer militärisch oder wirtschaftlich orientierten Betrachtungsweise erscheinen mag — nicht im Räumlichen, also nicht in irgend einem Gesellschafts- oder Kulturgebilde, nicht in einer noch irgend wie sinnvoll als „soziologisch“ zu bezeichnenden Sphäre, sondern im Anräumlichen und Ungeklärten im Reiche der Seele. Aus dem Labernadel der Seele brechen die neuen geschichtlichen Anträge hervor, und objektivieren sich dann im Leben als Formen der Wirtschaft und des Staates, des Rechtes und der Ethik, der Wissenschaft, der Kunst, des Glaubens, der Kirche usw. Nun ist es aber nicht so einfach, daß diese Antriebe der Seele sich hemmungslos in Lebensformen umsetzen. Die Objektivierungen früherer Seelenzustände, die Eigengesetzlichkeit der einzelnen Lebensgebiete stehen dem im Wege. Den neuen Sehnstigen, Bedürfnissen und Forderungen widerstreben die herrschende Wirtschaftsordnung, die geltenden Verfassungen, die überkommenen Lebensanschauungen usw. Und ebenso läßt das Eigengefehl, das im metaphysischen Wesen von Wirtschaft und Recht, Wissenschaft und Kunst und all den anderen Gestaltungen des Lebens gegründet ist, die neuen Kräfte der Zeit sich nicht ungebrochen gestalten. Vielmehr kennzeichnet der Kampf der neuquellenden Antriebe mit der Realität des schon gehaltenen Lebens das Wesen dessen, was wir Geschichte zu nennen gewohnt sind.

Aus diesen Erwägungen ergibt sich, wie ungeheuer schwierig diese geschichtlichen Zusammenhänge zu erheben sind und in wie hohem Maße jene Soziologen zu misstrauen ist, welche den Ablauf der Weltgeschichte in möglichst einfache Formeln und Schlagwörter zu pressen versuchen. Diese billigen Epochenstufen dem naturgemäß kritischen Schüler zu übermitteln, heißt ihn zu einem Schema der Geschichte, nicht zur Realität ihres blut-erfüllten Lebens hinzuführen. Relativ am fälschlichsten ist noch das Stufenchema, das Kurt Vreysig vorgezogen hat (und von dem auch der zur Modeberühmtheit gewordene Oswald Spengler wesentlich beeinflusst erscheint). Vreysig nimmt nicht, wie die Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung einen weitlich aufsteigenden Stammbaum der Menschheit vor

breite Koalition sich aufbauen konnte. Das sei zum größten Teil gelungen und namentlich innerhalb der bürgerlichen Koalitionsparteien bestände eine weitgehende, wenn nicht völlige Übereinstimmung über die einschlagenden Wege. Dagegen sei in der Frage der Aufbringung der finanziellen Mittel noch eine Differenz der Anschauung mit der Sozialdemokratie, die aber nicht unüberwindlich erscheine. Gegenüber Angriffen der dortigen deutschnationalen Volkspartei, die die Politik der deutschen Volkspartei als Drang zur Futtermühle bezeichnet und davon sprach, daß nunmehr die deutschnationalen Volkspartei allein als Partei der nationalen Erneuerung übrig bleibe, warnte Dr. Stresemann die Deutschnationalen vor einer solchen Politik der Selbstgerechtigkeit.

Mörderzentrale „Oberland“.

Die „Münchener Post“ bringt wieder umfangreiches Material über die in München bestehende Mörderzentrale und ihre Zusammenhänge mit dem ober-schlesischen Mördernetz. Sie schreibt: In München besteht kein „Mordkommando“, sondern es heißt nämlich „Mordkommando in Oberschlesien“. Die Leute des Mordkommandos sind ausgerüstet mit Gummihandschuhen und Brownings. Ihr Führer in München hat fünf Wohnungen. Ein Sonderbund dieser Organisation heißt: „Bund der Gif. Das Artillerie-depot dieses Oberlandes hat einen eigenen Intendanten und erhält von der Zentrale in Breslau die Gelder. Ein Münchener Professor ist Batteriechef von Geschützen, die das Oberland an bestimmten Orten in den Vororten Münchens versteckt hat. Eine Hausdurchsuchung in sämtlichen Bureaus des Oberlandes ist deswegen meistens ergebnislos, weil die betreffenden Herren die Akten in ihre Wohnungen mitnehmen. Die Akten des Artilleriekorps Oberland enthalten die Aufzeichnungen über sämtliche Munition, Waffen- und Geschützdepots.

Diese Artillerieakten enthalten aber auch die Infanterieaufstellung von Oberland. Die drei Infanteriebrigaden sind unter dem Namen „Eise, Buche und Eise“ aufgeführt. Für diese Infanteriebrigaden sind sämtliche Ausrüstungsgegenstände in reichem Maße vorhanden. Der Artillerieformation genügen die Waffen, die sie besitzt, nicht, weshalb sie auch ein Verzeichnis von den Fabriken angefertigt hat, die im Bedarfsfall sofort Munition herstellen würden. In den Waffenversteckungen dieser Infanterieformation stellt eine Firma auch Automobile, die bereits in das Eigentum des Freikorps übergeführt sein sollen.

Das Geheimtelegramm, das am 4. September von München an Dr. Ruge in Breslau geschickt wurde, enthält auch eine Anweisung zum Mord an einen Angehörigen des Freikorps Oberland, unter Bezugnahme auf ein weiteres Mitglied der Organisation, welches wegen Verrat bereits erschossen wurde. In München fand kürzlich eine Führerbesprechung der Obersten statt, in welcher neuerdings über die Befreiung des „Bauptmanns von Kessel“ (richtig: Kiefer) verhandelt wurde. Es wurde hierbei auch mitgeteilt, daß täglich Mannschaften nach Trol abgehen und in Tiroler Arbeitsgemeinschaften untergebracht werden.

Des Weiteren wurde ein sogenanntes „Dienestag“ aufgestellt, in dem sämtliche Arbeitsgemeinschaften, die für einen Rechtsputsch in Frage kommen, eingetragen sind. Auch eine Liste über Kraftwagen und Waffenlager ist angefertigt.

An dieser Führerbesprechung nahm auch der Reichsminister vertrat Dr. Ruge teil. Ein Breslauer Rechnungsrat liefert an die Organisation vor allem die Berichte über den Aufenthalt führender Regierungspersonen. Dr. Ruge hat im Hotel „Deutscher Kaiser“ gewohnt. Von einem Berliner Oberregierungsrat erhielt er die Mitteilung, daß eine Umsturzbewegung nur dann Erfolg verspreche, wenn es gelänge, vorher einen Rechtsputsch vorzutreiben, auf den dann unsere militärischen Aktionen folgen können. Großindustrielle, die die Mörderzentrale finanziell unterstützen, erklärten sich bereit, für politische Verbrechen jeden gewünschten Betrag zur Verfügung zu stellen. Einer derselben hat einem Kurier gegenüber geäußert, er bekomme eine Million, wenn er in den Zeitungen was „von Berlin“ lese. Es wurde fernerzeit über die Befreiung von Rathenau und Gradnauer gesprochen.

Badische Uebersicht.

Die Landes-Wahlliste

Es wurde nochmals hingewiesen, bis einschließlich 14. Oktober beim Landeswahlleiter, Ministerialrat Dr. Bender, im Ministerium des Innern, einzureichen.

Wohlheit zur Humanität, vom Gewaltstaat zum Sozialismus an, sondern eine Parallelentwicklung der Völker, die reifen und altern wie eine Pflanze oder ein Mensch, Urzeit, Mittelalter, Neuzeit sind Stadien, die sie alle — so lehrt er — einmal nach historischem Gesetz durchlaufen müssen, das Erblich und das Tempo der Völker ist verschieden in der Zeit; so sind einige schon den Altersstadien gestorben, während andere auf der Höhe ihrer Manneszeit stehen, und wieder andere noch in der strotzenden Pracht erster Jugend prangen. Die Vreysigsche Auffassung ist verhältnismäßig frei von darwinistischen Voraussetzungen; sie hat manch interessante Zusammenhänge erhellt. Aber auch sie ist gegenüber dem Gesamtverlauf der Universalgeschichte ein unzulängliches starres Schema, das höchstens methodologischen Wert haben kann. Das scheint Vreysig selbst empfunden zu haben; er hat gerade in jüngster Zeit das Individuelle in der Geschichte mit einer an Riehiges Heroenkult erinnernden Überhöhung betont, ohne bisher die verschiedenen Elemente seiner Geschichtsauffassung zu einer einheitlichen Geschichtstheorie aufgebaut zu haben. Auch seine groß angelegten darstellerischen Werke sind Bruchstücke geblieben. (Schluß folgt.)

Landestheater. Die laufende Woche wird im Schauspiel morgen, Donnerstag, die dritte Aufführung von Hermann Burtes Drama „Katte“ bringen. An dieser Vorstellung nimmt die Theatergemeinde des „Bühnenvolksbundes“ mit den Nummern 3401—3600 und 1—400 teil. — Am nächsten Samstag wird das Lustspiel „Die beiden Sechshunde“ von Karl Nöcker zum erstenmal wiederholt. Am Sonntag den 16. Oktober findet als erste Nachmittagsvorstellung die Aufführung des Märchenspiels „Der Froschkönig“ von Robert Wörner statt, der sich mit seinem „Kattäppchen“ sowohl als auch mit dem im vorigen Spieljahr gegebenen „Dornröschen“, die beifalls-freudige Sympathie seines jugendlichen Publikums eroberte und auch mit dieser seiner dritten Gabe die an seine bisherigen Erfolge als Märchenbühnenleiter geknüpften Erwartungen zu rechtfertigen hofft.

Für die Opfer des Explosionsunglücks in Oppau

Ist von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften des II. Bataillons des Infanterieregiments Baden Nr. 14 die Summe von 4360 Mark gesammelt worden, wozu noch 965,60 Mark als Ergebnis eines Wohlthätigkeitskonzertes der Musikkapelle des Bataillons kommen. Das ergibt eine Gesamtsumme von 5325,60 Mark.

Das Bataillon will, so heißt es in der Mitteilung an das Staatsministerium, durch diese Spende zum Ausdruck bringen, daß die Angehörigen des bad. Bataillons in Tübingen auch in der Ferne warmen Anteil nehmen an den Geschehnissen des Heimatlandes und sich als treue badische Landesfinder fühlen.“ Staatspräsident Traut hat zugleich im Namen der badischen Regierung dem Bataillon den Dank des Heimatlandes für die hochherzige Spende in einem Schreiben ausgesprochen, das mit folgenden Worten schließt: „Die hierdurch bekundete warme Anteilnahme des Bataillons an dem erschütternden Unglück, von dem Pioniere der werktätigen Arbeit betroffen worden sind, erkennt die badische Regierung dankbar an. Dem nur dann ist ein Wiederauflieg Deutschlands möglich, wenn alle Schichten der Bevölkerung in Zeiten der Not zu gemeinsamer Arbeit und gegenseitiger Hilfe zusammenstehen. Daß das Bataillon auch außerhalb des Landes treu zu uns hält und die Liebe zur Heimat wahr, erfüllt die badische Regierung mit besonderer Freude. Auch die badische Regierung wird die Landesfinder, die ferne von der Heimat ihre Pflicht erfüllen, nicht vergessen.“

Neue Vereinbarungen über die Grenz-sperre.

Unter dieser Überschrift erschien in Nr. 471 der „Basler Nationalzeitung“ ein aus Bern übermittelter Artikel, in dem die Vereinbarungen über die Grenzsperrung auf Grund der Besprechung zwischen Vertretern der Schweiz und der badischen Regierung mitgeteilt wurden. Das Ergebnis der Besprechung ist, so wird uns von unterrichteter Seite geschrieben, im wesentlichen sachlich richtig wiedergegeben. Sehr zu bedauern ist dagegen, daß die Einleitung des Artikels, der auch von einem badischen Blatt, dem „Oberbadischen Volksblatt“, übernommen wurde, einen durch nichts gerechtfertigten Ausfall gegen einen Beamten des Bezirksamts Lörrach enthält. In dieser Einleitung wird behauptet, es sei in der Besprechung mitgeteilt worden, daß der frühere Chef des Bezirksamts Lörrach (gemeint ist hier wohl Herr Amtmann Mayer), der die so stark angefochtene Sonntagsperre der Grenze anordnete, inzwischen auf einen andern Posten versetzt worden ist.“

Es muß mit allem Nachdruck betont werden, daß eine derartige Mitteilung in der Besprechung nicht erfolgt ist und daß auch kein sachlicher Untergrund für sie vorhanden gewesen wäre. Die Verletzung des Herrn Amtmann Mayer hat mit der Frage der Grenzsperrung nicht das geringste zu tun. Der vollkommen unverständliche Angriff des Basler Blattes auf einen badischen Beamten ist uns bedauerlicher, als die Verhandlungen selbst trotz der Schwierigkeit der Materie sich durchaus sachlich und freundschaftlich abwickelten und zu einem beiderseits erträglichen Ergebnis geführt haben.

Auf die in dem Artikel an die Vereinbarung geknüpfte Kritik braucht hier nicht näher eingegangen zu werden, da sich beide Parteien über die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen durchaus einig waren.

Die Maul- und Klauenseuche.

Nach Mitteilung des Statistischen Landesamts herrschte die Maul- und Klauenseuche Ende September d. Jahres noch in 13 Gemeinden und 57 Ställen. Zu Beginn des III. Vierteljahres waren in 19 Gemeinden 26 Ställe befallen, in 24 Gemeinden und 178 Ställen trat die Seuche neu auf, während sie in 30 Gemeinden und 147 Ställen erlosch. Im Laufe des III. Vierteljahres erkrankten 1068 Rinder, 102 Schweine, 71 Ziegen und 40 Schafe, wovon 6 Rinder und 1 Schweine umkamen und 21 Rinder und 2 Schweine getötet wurden. Außer diesen Fällen trat die Seuche noch auf der Jungviehweide Lichtenegg (Pfullendorf), im Schlachthaus Offenburg, im Schlachthof Karlsruhe und auf den Viehhöfen Karlsruhe, Heilbronn und Mannheim auf. Von den erkrankten 68 Rindern, 5 Ziegen und 17 Schafen standen 1 Rind und 1 Ziege ungenügend, während der Rest geschlachtet wurde.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperren.
a) Sperre nach den Hagener und Düsseldorf Bahnhöfen wird bis auf weiteres verlängert. — b) Sperre für chemische Fabrik Griesheim-Ecktron aufgehoben; für Farbwerke Höchst können noch keine Güter angenommen werden.

* Nr. 53 des Badischen Gesetzes- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Gesetz: zur Ausführung des Wohnungsabgabegesetzes; über die Dedung des außerordentlichen Staatsbedarfs für die Förderung des Wohnungsbaues. — Verordnung: des Ministeriums des Innern: Maßregeln gegen die Rinderpest.

DZ. Konstanz, 9. Okt. Der Stadtrat hat dem Bürgerausschuss eine Vorlage zugehen lassen, nach der zur Besserung der elektrischen Stromversorgung namentlich des Stadtteil-les Petershausen eine Gleichrichteranlage errichtet werden soll. Der Kostenaufwand von 1 Million soll durch Kapitalaufnahme gedeckt werden. Durch die Anlage soll die Spannung in der Leitung auf das erforderliche Maß gebracht werden.

Aus der Landeshauptstadt.

DZ. Erzbischof Dr. Fritz nahm gestern Nachmittag gegen 1/6 Uhr inmitten der gesamten kath. Geistlichkeit der Stadt Abschied von der hiesigen kath. Gemeinde. Er begab sich von hier nach Etilingen, um auch dort die Firmung zu spenden.

DZ. Der „Delegierte der Regierung von Liberia“. Einem Schwarzen, der sich als Delegierter der Regierung von Liberia ausgab, gelang es, einige Bananen mit gefälschten Scheids von etwa 180 000 R. zu betrogen, indem er vorgab, von seiner Regierung mit dem Ankauf von Waren beauftragt zu sein. Der Schwindler ist entkommen.



Sparame Leute die doch ein gutes Kaffee-Getränk schätzen, nehmen stets etwas Pfeiffer u. Diller zu Kaffee oder Gerste!
Gr. Silberpaket M. 3.-
Originaldose M. 3.-
in den Geschäften!

Pfeiffer & Diller Kaffee-Essenz

Verein Volkshöhne Karlsruhe. Wie schon mitgeteilt, findet Donnerstag, den 13. ds., abends halb 8 Uhr, im Konzerthaus der erste Einführungsabend der Volkshöhne statt. Herr Prof. Dr. Holl von der techn. Hochschule spricht über: „Rosa Bernd“, Schauspiel in 5 Akten von Gerh. Hauptmann, anschließend rezitieren Melanie Ehrhardt und Fr. Verz aus Dichtungen Gerh. Hauptmanns. Da das Werk in der kommenden Woche auch auf dem Spielplan des Landestheaters erscheint, hat auch das allgemeine Publikum zu dem Vortrag Zutritt. Eintrittskarten zu 3 Mk. für Nichtmitglieder und zu 1,50 Mk. für Mitglieder der Volkshöhne und des Theaterkulturverbandes in der Geschäftsstelle der Volkshöhne, Gartenstraße 4, von 5-7 Uhr und an der Abendkasse.

Staatsanzeiger.

Wohlfahrtspflege, hier das Gesuch des „Oberschlesier Hilfsvereins“ in Berlin um Genehmigung von Sammlungen betr. Dem „Oberschlesier Hilfsverein“ wird für das Badische Staatsgebiet bis 31. Dezember 1921 in jeder Zeit widerruflicher Weise die Genehmigung zur Vornahme von Sammlungen von Geld, Verbands-, Lebens- und Stärkungsmitteln, Wäsche und Kleidung, sowie Schuhwaren zur Unterstützung der notleidenden deutschen Oberschlesier durch Aufrufe in Zeitungen und Druckschriften erteilt.

Karlsruhe, den 10. Oktober 1921.
Ministerium des Innern.
N e m m e l e. Braun.

Bekanntmachung.

Auf Antrag der Technischen Aufsichtskommission für die Untersuchungs- und Prüfstelle des Deutschen Aethylenvereins und unter den von ihr mitgeteilten Bedingungen werden die transportablen Aethylenapparate „Range“ für 2 Kilogramm Karbidfüllung der Firma Gebr. Lange, Apparatebauanstalt der Aethylen-Industrie in Dortmund, unter Typennummer J 22 bezw. A 30 gemäß §§ 12 und 14 der Aethylenverordnung vom 23. Oktober 1914 in jeder Zeit widerruflicher Weise für Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 3. Oktober 1921.
Badisches Arbeitsministerium.
Der Ministerialdirektor:
F u c h s. Reuthe.

Bekanntmachung.

Auf Antrag der Technischen Aufsichtskommission für die Untersuchungs- und Prüfstelle des Deutschen Aethylenvereins und unter den von ihr mitgeteilten Bedingungen werden die transportablen Aethylenapparate „Range“ für 2 Kilogramm Karbidfüllung der Firma Gebr. Lange, Apparatebauanstalt der Aethylen-Industrie in Dortmund, unter Typennummer J 22 bezw. A 30 gemäß §§ 12 und 14 der Aethylenverordnung vom 23. Oktober 1914 in jeder Zeit widerruflicher Weise für Baden zugelassen.

Karlsruhe, den 29. September 1921.
Badisches Arbeitsministerium.
Der Ministerialdirektor:
F u c h s. Reuthe.

Personeller Teil.

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Ernennung:
Bei der Universität Heidelberg:
die Bibliothekare Dr. Paul Giegelmann und Dr. Rudolf Gills zu Oberbibliothekaren; Oberverwaltungssekretär Franz Kuhn zum Oberrechnungsrat; Oberverwaltungssekretär Friedrich Moser zum Verwaltungsinspektor; Verwaltungssekretär Max Geber zum Verwaltungssekretär; Verwaltungsassistent Wilhelm Feininger zum Verwaltungssekretär; Techn. Assistent Wilhelm Diez zum Techn. Sekretär; Laborant Karl Aebels zum Techn. Assistenten; die Aufseher Gottlieb Ottenbacher und Jakob Kaiser zu Kanzleiassistenten; die Laboranten Josef Graf, Michael Dösch und Hausmeister Christian Deß zu Oberlaboranten; Hausmeister Wilhelm Holzwarth zum Laboranten; Gärtner Adolf Fein zum Obergärtner.

Beim Akademischen Krankenhaus Heidelberg:
Apothekenverwalter Dr. Franz Weiß zum Anstaltsapotheker; die Verwaltungssekretäre Philipp Riegler und Philipp Naas zu Verwaltungssekretären; Oberaufseher Mathias Schneider zum oberen Wirtschaftsbekannteten; die Amtsgehilfen Heinrich Gafner und Heinrich Walter zu Pflegern; Laborant Philipp Gerbert zum Oberlaboranten; Amtsgehilfe Heinrich Ballenweg zum Laboranten; Maschinenist Philipp Spatz zum Obermaschinenisten.

Bei der Psych. Klinik Heidelberg:

Oberverwaltungssekretär Heinrich Zimmermann zum Verwaltungsinspektor; Pfleger Michael Sackfowitsch zum Oberpfleger; Amtsgehilfe Karl Scholz zum Laboranten; Techn. Assistent Valentin Steinbacher zum Maschinenmeister; Pförtner Ernst Nitz zum Hausmeister.

Bei der Universität Freiburg:

Bibliothekar Dr. Eduard Eckardt zum Oberbibliothekar; Oberverwaltungssekretär Franz Freudenmann zum Oberrechnungsrat; Oberverwaltungssekretär Konrad Zimmermann zum Verwaltungsinspektor; Oberverwaltungssekretär Konrad Hall zum Verwaltungsinspektor; Verwaltungssekretär Stefan Matt zum Verwaltungsinspektor; die Verwaltungsassistenten Friedrich Kirchner und Emil Lenz zu Verwaltungssekretären; die Techn. Assistenten Robert Bornemann, Siegfried Wolf und Johann Mayer zu Techn. Sekretären; die Aufseher Hubert Gret und Ignaz Spingel zu Kanzleiassistenten; die Laboranten Josef Bühler und Josef Kufz zu Oberlaboranten; die Amtsgehilfen Karl Kamm, Karl Schabel, Johann Meiner und Heinrich Wiest zu Laboranten; Maschinenist Heinrich Ball zum Maschinenmeister; Maschinenist Heinrich Frey zum Obermaschinenisten.

Bei der Augenlinik Freiburg:

Laborant Hermann Schäfer zum Oberlaboranten.
Bei der Frauenklinik Freiburg:
Maschinenist Hermann Schäfer zum Obermaschinenisten.
Bei der Psych. und Nervenklinik Freiburg:
Oberverwaltungssekretär Heinrich Bühler zum Verwaltungsinspektor; Pfleger August Weber zum Oberpfleger; Amtsgehilfe Martin Wenz zum Laboranten.

Bei der Technischen Hochschule Karlsruhe:
Oberverwaltungssekretär Ludwig Grömer zum Oberrechnungsrat; die Oberverwaltungssekretäre Philipp Schleret und Albert Bausch zu Verwaltungsinspektoren; Oberverwaltungssekretär Josef Scholler zum Bibliothekssekretär; die Techn. Sekretäre Friedrich Müller und Georg Schade zu Techn. Obersekretären; Techn. Assistent Eugen Rink zum Zeichner; die Verwaltungsassistenten Josef Boffert und Georg Roe zu Verwaltungssekretären; die Maschinenisten Ludwig Pils, Karl Grimm und Laborant Josef Maissenhäbeler zu Techn. Assistenten; Aufseher Dionys Graf zum Kanzleiassistenten; die Laboranten Georg Heimrich und August Kumm zu Oberlaboranten; Maschinenist Alfons Kaiser zum Maschinenmeister; Maschinenist Emil Mosbach zum Obermaschinenisten; Amtsgehilfe Julius Karle zum Maschinenisten; die Amtsgehilfen August Wellnitz und Karl Muffler zu Hausmeistern.

Badisches Landestheater.

Donnerstag, 13. Okt. 7-1/2, 10 Uhr. Mk. 12.—
Theater-Gemeinde B.V.B. Nr. 3401-3500 u. 1-400.

KATTE.

Theater-Gemeinde des B.V.B.

I. Orchester-Konzert
Konzerthaus, Samstag, den 15. Oktober, 1/8 Uhr.
Ermäßigung I. Parkett statt Mk. 12.50 = Mk. 6.50
II. " " " 10.10 = " 5.30
III. " " " 8.90 = " 4.70
Karten in der Geschäftsstelle: Fritz Müller, Kaiserstraße, Ecke Waldstraße. K. 687

MÖBEL-HAUS

Ausstellung: Ecke Kaiser- und Douglasstraße (Hauptpost)

Günstige Kaufgelegenheit für Einzel-Möbel und Zimmer-Einrichtungen

Besichtigen Sie unsere Ausstellungen und erteilen Sie Auf Wunsch erleichterte Zahlungsbedingungen.

Hauptgeschäft: Philippstr. 19

GEBRÜDER KARRER

Zur Ausbreitung einer neuen, zugkräftigen, konkurrenzlosen Versicherungsart suchen wir geeignete **Provisionsvertreter.**

Auch Herren, die in ihrer freien Zeit nebenberuflich für uns wirken wollen, belieben sich zu melden

Direktion der **CONCORDIA**
Cölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft, Köln.

Nur 1 Tag!

in Karlsruhe, Donnerstag, den 13. Okt. 1921

alte Kaufe und zerbrochene Zahngebisse

und zahlr. für jeden verwendbaren Zahn bis W. 15.—. Zu sprechen am Donnerstag, den 13. Oktober 1921 von 10-6 Uhr in Karlsruhe im Hotel Germania, Karlsriedstr. 34. Zimmer beim Portier zu erfragen.

Drucksachenvergebung.

Die in der Landtagsperiode 1921/25 erwachsenden Drucksachen sollen im Wege des Angebots in Vergebung gegeben werden. Angebote sind bis **längstens 25. Oktober** einzureichen.

Kanzlei des Badischen Landtags.

Mühlburger Brauerei vorm. Freiherrl. von Geldener'sche Brauerei Karlsruhe-Mühlburg in Liquidation.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch auf **Montag, den 7. November 1921, vormittags 11 Uhr,** zu einer

General-Versammlung

in den Geschäftsräumen der Mitteldeutschen Creditbank, Filiale Karlsruhe, eingeladen.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über Beendigung der Liquidation.
2. Vorlage und Genehmigung der Liquidations-Schlußbilanz.
3. Entlastung der Liquidatoren und des Aufsichtsrates.

Diejenigen Aktionäre, die an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre Aktien spätestens am 3. Tage vor dem Versammlungstage bei den Liquidatoren der Gesellschaft, bei der Rheinischen Creditbank, Filiale Karlsruhe, bei der Mitteldeutschen Creditbank, Filiale Karlsruhe, oder bei einem deutschen Notar zu hinterlegen.

Karlsruhe-Mühlburg, den 11. Oktober 1921.
Die Liquidatoren.

Französisch

(System Ritter) Erfolg verbürgt Auslandspraxis
H. K. Ritter behördl. zugel. Sprachlehr.
Körnerstraße 30 (Probstunden) 266a

Häuser

und Geschäfte, teils begehrt, teils zu verkaufen.
M. Busam, Herrenstr. 38

Broncegloden

in feinsten Legierung und unübertreffl. Ausführung liefert
Glodengießerei Gebr. Bachert Karlsruhe i. B. Bisstr. 5.
Unsere Broncegloden übertreffen bei weitem die sogenannten Klängegloden.

Junger, anständiger **Maschinen-Zeichner**, welcher auch die Gezellenprüfung für **Mechaniker** zurückgelegt hat, 19 Jahre alt, mehr. Werkstat. und Büropraxis, gute Zeugnisse, wünscht Stellung auf techn. Büro oder Werkstat. Gesell. Angebote erbeten unter **K. 683** an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Bauarbeiter

sucht für sofort schön möbliertes Zimmer in gutem Hause. Offerten mit Preisangabe unter **K. 1. S. 1017** an Rudolf Woffe, Karlsruhe i. B.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.
3.304.2. Karlsruhe. Die Monteur Wilhelm Bischoff Ehefrau Hedwig geborene Reigel in Stolberg, Prozeßvollmächtigter Rechtsanwalt Dres. Dieb, Kirschenbauer, Weill und Siffinger hier, klagt gegen ihren genannten Ehemann, früher zu Karlsruhe-Mühlburg, Langestr. 76, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund der §§ 1565, 1568 BGB. mit dem Antrage auf Scheidung der am 20. Juni 1917 zu Neudorf geschlossene Ehe der Streitteile aus Verschulden des Beklagten.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die VI Zivilkammer des Landgerichts Karlsruhe auf Samstag, den 17. Dezember 1921, vorm. 9 Uhr, mit der Auforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. Zum Zwecke der öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.
Karlsruhe, 8. Okt. 1921.
Der Gerichtsschreiber des Bad. Landgerichts.

Abbruch der Militärverladrampe auf Bahnhof Lörzsch gemäß Finanzministeriumsverordnung vom 3. Januar 1907 zu vergeben. Bedingungen unterlagen einzusehen bei der unterzeichneten Bauinspektion (Zimmer 25), wozu Bewerber ohne Rücksicht auf die Höhe der Angebotsbogen ebenfalls Anz. 606 v. 1921/22.

Besch. Bekanntmachungen

Bekanntmachung.
Die Stelle einer vollschäftigen **Handarbeitslehrerin** der Volkshöhne in Wiesloch ist neu zu besetzen. Die Anstellung erfolgt zunächst befristet; der Unterricht ist ganzjährig.

Geeignete Bewerberinnen wollen sich schriftlich unter Beifügung von Befähigungszeugnissen, Lebenslauf und Angabe von Gehaltsansprüchen bis zum 19. Oktober 1921 melden. Wiesloch, 5. Okt. 1921.
Der Gemeinderat.

Erd-Beton- und Dichtungsarbeiten

zur Herstellung des Kraft- u. Redarbeitskanals in drei Losen. Die Eingabefrist für die Angebote auf die ausgeschriebenene Arbeiten wird vom 1. November d. J. auf **Montag, den 24. Oktober, vormittags 11 Uhr**, verlegt. 3.296 Redarbeitskanal Heidelberg. Niedstraße 2.

Bekanntmachung.

Vergabe von Tiefbauarbeiten für den Saalbaddurchlaß bei Profil 23+00 der Nebenbahn Bretten-Kirnbach auf Barmarkung Bretten, bestehend aus: Fundamentausbau und Tiefertlegung des Bachbettes etwa 1070 qm, Fundament-Widerlager u. Gewölbemauerwerk etwa 855 qm, Pfahlfestung der Bachsohle etwa 150 qm, Bedingnisheft u. Pläne liegen nur in unserem Geschäftszimmer zur Einsicht auf. Angebotsdrucke werden daselbst nur an persönlich erscheinende Bewerber abgegeben. Angebote mit der Aufschrift „Saalbaddurchlaß“ sind verschlossen, post. u. bestellgeldfrei, bis spätestens **Mittwoch, den 26. Oktober 1921, vormittags 11 Uhr**, an uns einzuliefern. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Bretten, 10. Okt. 1921.
Bauinspektion.

Abbruch der Militärverladrampe auf Bahnhof Lörzsch gemäß Finanzministeriumsverordnung vom 3. Januar 1907 zu vergeben. Bedingungen unterlagen einzusehen bei der unterzeichneten Bauinspektion (Zimmer 25), wozu Bewerber ohne Rücksicht auf die Höhe der Angebotsbogen ebenfalls Anz. 606 v. 1921/22.

portefrei (Auslandsporto), mit entsprechender Aufschrift versehen, bis **29. Oktober 1921, nachm. 4 Uhr**, einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen 3.324 Wasel, 11. Okt. 1921.
Bauinspektion.

Wasserleitungsarbeiten

für die Herstellung einer Feuerlöscheinrichtung auf Bahnhof Dreißach nach Finanzministeriumsverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Zeichnungen und Bedingungen auf unserem Dienstzimmer, Wilhelmstraße 19, zur Einsicht. Kein Verband nach auswärtig. Angebote mit entsprechender Aufschrift, verschlossen, postfrei bis **längstens 20. Oktober 1921, vormittags 10 Uhr**, bei uns einzuliefern.

Zentral-Güterrechts-Register für Baden.

Achern. 3.258 Güterrechtsregistertrag Band II Seite 513: Späth, August, Eisenbahner zu Kappelrodt, u. Mathilde geb. Spamer. Vertrag vom 13. September 1921. Gütertrennung. Achern, 17. Sept. 1921. Amtsgericht. Gerichtssecretariat.

Rehl. 3.245 Güterrechtsregistertrag Band I Seite 858: Wündel, Mathias, Bahnarbeiter in Rehl, u. Marie geb. Sturm. Vertrag vom 30. September 1921; Gütertrennung. Rehl, 4. Sept. 1921. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Mannheim. 3.319 Zum Güterrechtsregistertrag XIV wurde heute eingetragen: 1. Seite 385: August Gröfing, Steuerbetriebssekretär, Mannheim, und Auguste Wilhelmine geb. Rothamel. Der Mann hat das der Frau gemäß § 1357 BGB. zustehende Recht, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

2. Seite 386: Ludwig Dutenhöfer, Kontrollbeamter, Mannheim, u. Alwine geb. Kötzges. Durch Vertrag vom 20. September 1921 ist Gütertrennung vereinbart. Mannheim, 8. Okt. 1921. Amtsgericht B.G. 4. Mosbach. 3.259 Güterrechtsregistertrag Band II Seite 63: Karl Weiß, Gendarmerie-

wachtmeister in Mosbach, und Marie geb. Dirrig. Ertragsgemeinschaft laut Vertrag vom 5. September 1921. Mosbach, 30. Sept. 1921. Bad. Amtsgericht. Pforzheim. 3.320 Güterrechtsregistertrag. Grünberg, Ulrich, Kaufmann zu Pforzheim, und Elifa geb. Ribod. Vertrag vom 5. Oktober 1921; Gütertrennung. Amtsgericht Pforzheim.

Philippst. 3.181 Güterrechtsregistertrag Band I Seite 180: Philipp Jakob Keflinger, Wirt in Neudorf und dessen Ehefrau Karolina geborene Schmid gen. Haag in Neudorf. Vertrag vom 22. Sept. 1921; Gütertrennung. Philippst., den 27. September 1921. Amtsgericht.

Natolszell. 3.269 Güterrechtsregistertrag Band I Seite 174: Götter, Gottlieb, Metzger, und Helene geborene Schneble in Gailingen. Infolge Eröffnung des Konkurses über das Vermögen des Ehemannes ist an Stelle der Ertragsgemeinschaft Gütertrennung getreten. Natolszell, 4. Okt. 1921. Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

Bereinsregister. 3.321 Zum Vereinsregister Bd. IX O. 3. 2 wurde heute eingetragen: Fußballvereinigung Seckenheim 1893. Seckenheim. Mannheim, 7. Okt. 1921. Bad. Amtsgericht B.G. 4.